



Politische Ökonomie

# Wachstum ist keine Lösung, sondern das Problem

Die Herausforderung der Zukunft ist,  
sich vom Wachstumszwang zu befreien\*

Wer über volkswirtschaftliches Wachstum schreibt, der hat es gut. Das Thema hat Hochkonjunktur. Fast täglich wird in den Medien darüber berichtet. Entweder weil Wachstum stattfindet. Oder weil es nicht stattfindet. Oder weil die Wirtschaft zu langsam wächst. Auch die Volkswirtschaft, so könnte man glauben, macht das Geschäft in erster Linie mit dem Umsatz. Umsatz heisst hier Bruttoinlandprodukt, abgekürzt BIP. Dabei handelt es sich um den Geldwert aller Güter und Dienste, die im Inland produziert werden, minus die Vorleistungen. Oder um den Geldwert des gesamten Konsums und aller Investitionen im Inland plus Exportüberschuss.

Wenn in den Zeitungen steht, die Wirtschaft sei gewachsen, oder sie müsse stärker wachsen, so wird als Massstab stets das Bruttoinlandprodukt verwendet. Um die Entwicklung des BIP zu messen, zieht man idealerweise die Teuerung ab. Das ergibt dann die Entwicklung des BIP real.

## BIP addiert undifferenziert

Das BIP ist zum Mass fast aller Dinge geworden. Linke und Rechte jubeln gleichermassen, wenn das BIP wächst, und sie klagen, wenn es stagniert oder gar schrumpft. Diese Wertung zeigt sich bereits an den Wortschöpfungen: Stabilität nennen die Ökonomen ›Nullwachstum‹, Schrumpfung ›Negativwachstum‹. Können Sie sich vorstellen, dass jemand statt Wachstum ›Negativschrumpfung‹ sagt? Man könnte also meinen, das Schicksal der Welt hänge allein von den Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes ab. Dabei wissen kluge Leute, dass mehr Umsatz nicht automatisch mehr Gewinn bringt. In der Volkswirtschaft

aber setzt die grosse Mehrheit von UnternehmerInnen, GewerkschafterInnen und studierten ÖkonomenInnen automatisch voraus, mehr Umsatz, also das Wachstum des BIP, erhöhe automatisch auch den Gewinn der Volkswirtschaft respektive den Nutzen für die Gesellschaft.

---

### Hanspeter Guggenbühl

1949. ist freier Journalist und Partner im Pressebüro Index in Illnau (ZH). spezialisiert auf die Themen Energie-, Verkehrs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Er arbeitet regelmässig für verschiedene Schweizer Tages- und Wochenzeitungen und hat an diversen Fachbüchern mitgeschrieben.



Dieser Schluss ist voreilig. Denn das Bruttoinlandprodukt unterscheidet nicht zwischen sinnvoller Produktion, Leerlauf und Reparatur von Schäden. Die Buchhalter des BIP zählen alle monetär gehandelten Leistungen undifferenziert zusammen – und sie vernachlässigen auf der andern Seite alle Güter und Dienste, die ausserhalb der Geldwirtschaft erbracht werden. Zu diskutieren wäre also, *was* wachsen soll, und was besser nicht. Doch die Frage nach dem Was und mithin nach dem Inhalt überfordert die Wirtschaftswissenschaft, die sich – wie alle Wissenschaften – gerne als wertfrei darstellt. Gefragt ist nur, *wieviel* es sein wird oder sein soll.

Nehmen wir als Beispiel das letzte Jahr: Das Bruttoinlandprodukt ist 2005 um 1,9 Prozent gewachsen, erfuhren wir anfangs März aufgrund der provisorischen Daten. Die Medien werteten das als Erfolg, weil die Konjunkturforschungsinstitute für dieses Jahr weniger Wachstum prognostiziert hatten. Stärker als die Volkswirtschaft als Ganzes, so lasen wir drei Tage später, wuchsen 2005 die Gesundheitskosten, nämlich um 3,7 Prozent. Ist das auch ein Erfolg? Was gut ist für die Pharmaindustrie ist schlecht für diejenigen, die Krankenkassenprämien zahlen. Und fragwürdig für die Gesellschaft, denn steigende Gesundheitskosten weisen auf einen Zuwachs an Krankheit hin.

Und wie steht es mit der ebenfalls im März veröffentlichten Meldung, die Produktion von Wohnungen habe im Jahr 2005 in der Schweiz um fünf Prozent zugenommen, also ebenfalls stärker als das BIP als Ganzes? Die VerfasserInnen der Wohnbau-Statistik werten das als »positiven Trend im Wohnungsbau«. Die Leute von der Areal-Statistik, die im gleichen Gebäude in Neuenburg arbeiten, werden hingegen demnächst wieder klagen, dass immer mehr Land überbaut werde. Wer jubelt, wenn das Bruttoinlandprodukt real wächst – und die meisten ÖkonomenInnen tun das –, geht davon aus, dass dieses Wachstum *generell* von Vorteil ist. Oder dass es zumindest Nachteile vermindert. Das Wachstum der Wirtschaft, so heisst es, fördere den Wohlstand. Oder es wird behauptet, wir brauchten Wirtschaftswachstum, um Armut und Arbeitslosigkeit zu vermindern, die Sozialleistungen und den Umweltschutz zu finanzieren. Aus diesen Gründen, so heisst es weiter, brauche die Schweiz, brauchten die USA, brauche die ganze Welt ein stetiges und dauerhaftes Wirtschaftswachstum.

### Ewiges Wachstum – eine Illusion

Ich vertrete hier zwei Gegenthesen, die ich zusammen mit dem Journalisten Urs P. Gasche im Buch »Das Geschwätz vom Wachstum« (Orell Füssli 2004) ausführlich begründet habe.



Meine erste These: Stetiges und dauerhaftes Wachstum in einem begrenzten Raum – nämlich dem Planeten Erde – und in begrenzter Zeit – dem 24-Stundentag –, dieses dauerhafte Wachstum ist gar nicht möglich. Wenn wir zum Beispiel annehmen, dass das Bruttoinlandprodukt im Jahr 2000 bei 100 lag und stetig und dauerhaft um 3 Prozent wachsen wird, wie sich das die ArbeitgeberInnen und GewerkschafterInnen wünschen, dann verdoppelt sich dieses BIP bis zum Jahr 2023. Und es vervierfacht sich bis zum Jahr 2047. Und es verachtfaacht sich bis 2070. Und es wird im Jahr 2100 neunzehn Mal so hoch sein wie heute.

Neunzehn Mal! Können Sie sich das vorstellen? Kann es neunzehn Mal mehr Häuser und mehr Autos als heute geben in der kleinen Schweiz? Oder neunzehn Mal mehr Kläranlagen, Spitäler und Pflegetage im Irrenhaus? Oder neunzehn Mal mehr Bücher, Fernsehprogramme, Handygespräche und Videospiele – wie soll die Bevölkerung das alles in einem 24-Stundentag bewältigen? Die einfache Hochrechnung von ersehnten Wachstumsraten zeigt: Stetiges und dauerhaftes Wachstum lässt sich langfristig nicht durchhalten.

### **Wachstum hält nicht, was es verspricht**

Die zweite These: Das Wachstum der Wirtschaft löst die Probleme nicht, die es vorgibt zu lösen. Wachstum schafft nicht automatisch mehr Wohlstand und Lebensqualität. Das kann jeder Mann und jede Frau schon im eigenen Umfeld erkennen. Obwohl die Schweizer Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist – allerdings nicht ganz so stark, wie das die Konjunkturforscher wünschten und prognostiziert haben – gibt es heute in der Schweiz mehr Leute, die von Sozialhilfe abhängig sind, als vor 30 oder 40 Jahren. Die Reichen sind zwar reicher geworden, die Armen dafür zahlreicher.

### **Wachstum vermag kurzfristig einige Probleme zu entschärfen.**

#### **Aber es kann sie langfristig nicht beseitigen.**

Zum Beispiel die Erwerbslosigkeit. Kurzfristig kann ein starkes Wachstum die Beschäftigung zwar erhöhen. Langfristig aber hat die Erwerbslosigkeit in den westlichen Industriestaaten nicht ab-, sondern zugenommen. Von 1971 bis 2001, so zeigen die Statistiken der OECD, stieg die Erwerbslosenrate in allen OECD-Staaten zusammen von 3,5 auf 7 Prozent; sie hat sich also verdoppelt, obwohl die Wirtschaft in diesen Staaten im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 2,7 Prozent pro Jahr gewachsen ist. Ein Wachstum von drei Prozent hätte vielleicht genügt, um die Arbeitslosigkeit zu stabilisieren. Aber dann wären wir wieder bei



unserer unmöglichen Kurve, die innerhalb von 100 Jahren einen neunzehn Mal so hohen Konsum wie heute voraussetzen würde.

Der Grund für die unerwünschte Zunahme der Arbeitslosigkeit ist einfach – und eigentlich erwünscht: Die Arbeitsproduktivität hat stärker zugenommen als der Umsatz. Wir können heute also mehr Güter und Dienstleistungen in weniger Arbeitsstunden oder mit weniger Menschen erzeugen. Wenn die Produktivität stärker steigt als der Umsatz, muss rein rechnerisch die Arbeitszeit oder der Anteil der Erwerbstätigen gesenkt werden, wenn man die Arbeitslosigkeit vermindern will. Diese Entwicklung findet tatsächlich statt und wird sich in den Industriestaaten noch verstärken, zeigen die Szenarien der DemografInnen. Das wird den Nachfrageüberhang nach Arbeit von selbst vermindern.

Doch das ist auch wieder nicht recht. Denn wenn die Zahl der Erwerbstätigen abnimmt, so klagen Demografen und Politikerinnen, können wir die Renten und die Staatsleistungen nicht mehr finanzieren. Arbeitgeber und bürgerliche Politiker verlangen deshalb eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Erhöhung des Rentenalters. Brauchen wir also mehr Wachstum des BIP, um die Renten zu finanzieren?

### **Alterssicherung braucht kein Wachstum**

Nein, das ist nicht nötig. Denn wachsende Renten finanzieren wir nicht mit dem Umsatz der Wirtschaft, sondern mit den AHV-Beiträgen respektive den Abzügen auf dem Arbeitseinkommen. Und die Produktivität der Arbeit nimmt, wie gesagt, stetig zu. Wir können also die wachsenden Renten finanzieren, wenn wir einen Bruchteil der – erwünschten – Produktivitätssteigerung abschöpfen, also die Abgaben auf der Arbeit geringfügig erhöhen.

Um die Renten zu finanzieren, braucht es also nicht Umsatzwachstum, sondern eine weitere Steigerung der Produktivität. Und das ist dank Rationalisierung und Effizienzsteigerung möglich. Eine andere Frage ist allerdings, ob es richtig ist, dass die Erwerbstätigen allein die wachsenden Kosten des Sozialstaates bezahlen sollen. Denkbar wäre auch, einen Teil der Einkommen abzuschöpfen, die ohne Arbeit, ohne Leistung erzielt werden. Zum Beispiel die rund 30 Milliarden Franken, die eine Minderheit von Schweizerinnen und Schweizer pro Jahr erben, ohne dass sie dafür etwas geleistet haben.

### **Wachstum lässt Naturkapital schrumpfen**

Bleibt noch ein Grund – der wichtigste –, der zeigt, dass Wirtschaftswachstum langfristig kein taugliches Rezept ist, um die Qualität unseres Lebens und unsere Probleme zu lösen. Der Gegensatz zwischen Öko-



## Politische Ökonomie

nomie und Ökologie. Für viele Ökonomen existiert Ökologie nur als Wachstumsmarkt – zum Beispiel beim Absatz von Abgaskatalysatoren oder beim Bau von Abwasserreinigungsanlagen. Andere behaupten, es gebe gar keinen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie. Zum Beispiel der oft zitierte Berner Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar. »Die Wirtschaft kann ewig wachsen«, behauptete Straubhaar in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger, und er begründete das wie folgt: »Wirtschaftswachstum kann virtuell und muss nicht physisch sein. Was wächst, sind Buchungsgrößen, Bewertungen. Eine Dienstleistung wie Bildung beispielsweise findet in den Köpfen der Menschen statt.«

Tatsächlich bemisst sich das Wachstum am monetären Wert und nicht an materieller Masse. Die Wirtschaft könne auch immateriell oder zumindest mit weniger Stoffverbrauch wachsen, verkünden Wirtschaftswissenschaftler deshalb seit Jahren. Theoretisch ist das richtig. Doch die Realität ist anders, weil ProduzentInnen und KonsumentInnen ihren Umsatz nicht nur mit immateriellen Dingen wie Bildung oder Kunstgenuss fördern, sondern auch mit grösseren Autos, geräumigeren Häusern oder häufigeren Flugreisen.

Diese statistisch belegte Realität lässt sich mit einem Satz zusammen fassen: Je stärker die Wirtschaft wächst, desto stärker schrumpft das Kapital der Natur. Zwischen dem Umsatz einer Volkswirtschaft und ihrem Stoffverbrauch besteht ein enger Zusammenhang. Das gilt nicht nur für die Höhe, sondern auch für die Entwicklung des Umsatzes: Je stärker das BIP wächst, desto stärker nimmt tendenziell der Verbrauch von Primärenergie und weiteren Bodenschätzen zu. Wobei es je nach geografischer Lage und Politik eines Landes Abweichungen von dieser allgemeinen Regel gibt. Die USA zum Beispiel verbrauchen pro Einheit BIP etwa doppelt soviel Energie wie die EU-Staaten. Und Sibirien benötigt selbstverständlich mehr nicht erneuerbare Heizenergie als Südrussland.

Auch in der Schweiz besteht zwischen der Entwicklung der Wirtschaft und dem Verbrauch von Bodenschätzen (Metalle, Erdöl, Kohle etc.), Land und Landschaft ein enger Zusammenhang. Es ist zwar möglich, die Effizienz des Ressourcenverbrauchs zu steigern, also die gleiche Wirtschaftsleistung mit weniger Energieverbrauch, Bodenversiegelung oder CO<sup>2</sup>-Ausstoss zu erbringen. Doch in der Praxis lässt diese Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch auf sich warten. Ein Grund dafür: die notwendigen Massnahmen, um die Verschwendung von Energie und Material zu vermindern – Lenkungsabgaben zum Beispiel oder Umweltvorschriften –, werden von der Wirtschaft und der bürgerlichen Mehrheit in Regierungen und Parlamenten bekämpft. Dies



Politische Ökonomie

mit dem Argument, sie behinderten das Wachstum der Wirtschaft. Hier beisst sich die Katze in den Schwanz.

### Vom Wachstum zum Gleichgewicht

Was also ist zu tun? Einerseits – und da werden mir auch die meisten bürgerlichen ÖkonomInnen zustimmen – gilt es, die Effizienz des materiellen Einsatzes zu erhöhen, also den Verbrauch von nicht erneuerbarer Energie, Stoffen und Land pro Einheit BIP zu reduzieren. Doch diese ›Effizienzrevolution‹ stösst an Grenzen, wenn die Wirtschaft stetig weiter wächst. Deshalb gilt es andererseits, die Wirtschaft und Gesellschaft vom Wachstumszwang zu befreien. Wir müssen also Wege finden, um unsere Probleme ohne Wirtschaftswachstum zu lösen.

Langfristig wird die Wirtschaft ohnehin aufhören zu wachsen. Das kann schockartig geschehen; zum Beispiel, wenn wir den Höhepunkt der Erdölförderung überschritten haben. Vorzuziehen aber ist ein sanfter Übergang von der Wachstums- in eine Gleichgewichtswirtschaft. Gewiss: Die Abkehr von der heutigen Wachstumswirtschaft ist kein Spaziergang; sie erfordert Änderungen am real existierenden Wirtschaftssystem. Doch dieser möglicherweise beschwerliche Pfad ist der Weiterfahrt auf der Wachstumsautobahn vorzuziehen. Denn langfristig führt jedes Wachstum in die Sackgasse. Wer es früher als andere schafft – ob als Unternehmen oder als Nation –, Gewinn oder Nutzen aus einem nicht weiter wachsenden Umsatz zu ziehen, der gehört in Zukunft zu den Profiteuren.

### Anmerkung

\* Bei diesem Text handelt es sich um die leicht redigierte Fassung eines Vortrages, den der Autor im Mai 2006 am Unternehmerforum Lilienberg in Ermatingen gehalten hat.